

Martini, Renate

**Zum Bildungsrecht in den ostdeutschen Bundesländern. Gesetze,
Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften. Eine Übersicht, Teil II.
Zeitraum: 1. Juni bis 31. Dezember 1992**

Frankfurt am Main : DIPF 1993, 41 S.



Quellenangabe/ Reference:

Martini, Renate: Zum Bildungsrecht in den ostdeutschen Bundesländern. Gesetze, Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften. Eine Übersicht, Teil II. Zeitraum: 1. Juni bis 31. Dezember 1992. Frankfurt am Main : DIPF 1993, 41 S. - URN: urn:nbn:de:01111-opus-7125 - DOI: 10.25656/01:712

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-opus-7125>

<https://doi.org/10.25656/01:712>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Renate Martini

**Zum Bildungsrecht in den ostdeutschen Bundesländern
Gesetze, Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften**

Eine Übersicht, Teil II

Zeitraum: 1. Juni bis 31. Dezember 1992

Dr. Renate Martini
Lehrstuhl für
Rechtswissenschaften

VORWORT

Bei der Neugestaltung des Schulwesens in den ostdeutschen Bundesländern wird man über einen längeren Zeitraum damit beschäftigt sein, bildungspolitische Entscheidungen in die Praxis umzusetzen und dafür moderne Formen - und das nicht nur im Verhältnis zur DDR-Schule - zu suchen und zu finden.

Die Veränderungen in den ostdeutschen Bundesländern, die Suche nach neuen Zielen, Inhalten, Methoden und Formen Schule zu gestalten, "bedeutet eine unerhörte - mit der alten Bundesrepublik nicht vergleichbare - Offenheit."¹ Diese Offenheit enthält - noch - die Chance, Reformimpulse für die gesamtdeutsche Schullandschaft zu geben. Auch wenn Bildungsaufgaben in Länderregie zu lösen sind, wäre es u.a. auch mit Blick auf den Prozeß der deutschen Vereinigung fatal, die Notwendigkeit von Erneuerungen territorial auf das Gebiet der ehemaligen DDR zu begrenzen. Tradierte Schulstrukturen mit ihren Zielen und Inhalten bedürfen von Zeit zu Zeit einer grundlegenden Überarbeitung, um den gesellschaftlichen Anforderungen an die Schule gerecht werden zu können. Daß gegenwärtig aus nationalen, europäischen und internationalen Gründen ein solcher Handlungsbedarf besteht - und das nicht nur für das Schul-, sondern für das gesamte Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland - soll hier nicht weiter ausgeführt werden.

Nachdem 1991 für die ostdeutschen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen die Schul- bzw. Schulreformgesetze durch die jeweiligen Landtage verabschiedet wurden, war das Schuljahr 1991/92 von der Errichtung der entsprechenden Schularten und dem Aufbau inhaltlich-organisatorischer Rahmenbedingungen bestimmt. Hinzu kamen so gewichtige Aufgaben wie die Ausarbeitung und Einführung neuer Rahmenrichtlinien, die Arbeit mit neuen Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien, die Fort- und Weiterbildung der Lehrer, die Neugestaltung der Lehrerausbildung, der Aufbau der Schulaufsichtsbehörden u.a.m.

Auch die Eltern waren durch die Wahl des Bildungsweges für ihr Kind vor eine völlig neue, aus der DDR-Zeit nicht gekannte Situation gestellt.

¹ Flitner, Andreas: Reformpädagogische Themen heute. In: Pädagogisches Forum (1992)3, S. 109.

Damit ist aber nur der äußere Rahmen zur Neugestaltung des Schulwesens in den ostdeutschen Bundesländern abgesteckt. Das, was eine "gute" Schule in der Praxis ausmacht, kann nur vor Ort, unter Beachtung der territorialen und individuellen Bedingungen verwirklicht werden. Dabei geht es u.a. darum, Bedingungen für kindliche Arbeitsleistungen zu schaffen, den Lernprozeß so zu gestalten, daß Lernen Freude bereitet und die Schüler spüren, daß es um ihre eigene Entfaltung, ihre Interessen geht, sowie die Begabungen jedes Kindes zu finden und zu fördern.²

Auf der Grundlage der von den einzelnen Bildungs- und Kultusministerien in den ostdeutschen Bundesländern herausgegebenen und öffentlich zugänglichen Materialien wird einleitend in die Bereiche Vorschulische Erziehung und Allgemeinbildendes Schulwesen ein kurzer Überblick über einige der im Jahr 1992 vollzogenen bzw. eingeleiteten Veränderungen gegeben. Aufgrund des unterschiedlichen Handlungsbedarfs in den einzelnen Ländern, der Vielfalt zu treffender Entscheidungen, aber auch der unterschiedlichen Materiallage können nur einige Aspekte aus den genannten Bildungsbereichen aufgegriffen und quantitativ möglicherweise nicht ausgewogen dargestellt werden.

Eine Weiterführung dieser Zusammenstellung für das Jahr 1993 ist geplant.

Frankfurt am Main, 31. Dezember 1992

Renate Martini

² ebenda, S. 109-114.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Vorschulische Erziehung	1
2	Allgemeinbildendes Schulwesen	4
3	Berufsbildendes Schulwesen	22
4	Lehrer und Erzieher	25
5	Hochschulwesen	31
Anhang Übersicht, nach Bundesländern und Bildungsbereichen geordnet		37

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ABl.	Amtsblatt
ABIKM.	Amtsblatt des Kultusministeriums
GABl.	Gemeinsames Amtsblatt des Thüringer Kultusministeriums und des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft und Kunst
Gründungskomm.	Gründungskommission
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
LRS	Lese-Rechtschreib-Schwäche
MBl.	Ministerialblatt
Meckl.-Vorp.	Mecklenburg-Vorpommern
MiBl.	Mitteilungsblatt des Kultusministeriums von Mecklenburg-Vorpommern
Nichtwiss.	Nichtwissenschaftlicher
Sek I	Sekundarstufe I
Wiss.	Wissenschaftlicher

1 VORSCHULISCHE ERZIEHUNG

Die in den ostdeutschen Bundesländern bis Mitte des Jahres 1992 verabschiedeten Kita-Gesetze geben den Kindertageseinrichtungen einen ihnen bislang nicht gekannten Auftrag. Alle Aktivitäten sind gleichsam darauf gerichtet, die Erziehung des Kindes in der Familie zu ergänzen und zu unterstützen. Damit wird im Gegensatz zur DDR, wo gesellschaftliche Prämissen im Vordergrund standen, auf die Entfaltung der Persönlichkeit des Kindes orientiert und der Lebens- und Erziehungsraum der Familie stärker berücksichtigt. Weitere Schwerpunkte bilden u. a. die altersgerechte Förderung der Gesamtentwicklung des Kindes und die Herausbildung der Fähigkeit zur Gemeinschafts- und Zusammenarbeit.

In allen ostdeutschen Bundesländern besteht ein Rechtsanspruch auf den Besuch eines Kindergartens, der freiwillig wahrgenommen werden kann.

Kindertageseinrichtungen stehen in der Obhut der Kommunen bzw. in freier Trägerschaft. Gemäß des Auftrages sollen sich die Betreuungsangebote pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren. Die Elternbeiträge sollen sozialverträglich gestaltet und nach dem Einkommen der Erziehungsberechtigten und der Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen gestaffelt werden.

Wesentliche *Unterschiede* zwischen den einzelnen Bundesländern bestehen in bezug auf die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen. In Brandenburg übernimmt das Land 50 Prozent der Kosten für das notwendige pädagogische Personal. Die restlichen Kosten für Kindertagesstätten haben die Träger und die Eltern aufzubringen.³ In Mecklenburg-Vorpommern werden vom Land Festbeträge von 270 DM für einen Krippenplatz und 165 DM für einen Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt.⁴ In Sachsen gibt das Land zu den durchschnittlichen Betriebskosten, die sowohl Personal- als auch Sachkosten beinhalten, einen 40-prozentigen Zuschuß bei Kinderkrippen sowie einen 37,5-prozentigen Zuschuß bei Kindergärten. Die Eltern beteiligen sich mit 20 Prozent an den Betriebskosten für einen Krippenplatz und

³ Vgl. Zweites Gesetz zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe - Kindertagesstättengesetz (Kita-Gesetz).
In: GVBl. I 1992 S. 178ff.

⁴ Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege - Erstes Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (KitaG).
In: GVBl. 1992 S. 270ff.

mit 25 Prozent an denen eines Kindergartenplatzes.⁵ Das Land Sachsen-Anhalt gewährt den Trägern von Kindertageseinrichtungen einen Zuschuß von 60 Prozent zu den Personalkosten. Der Elternbeitrag wird vom zuständigen Jugendamt für ein Kalenderjahr festgelegt. Er beträgt für alle Tageseinrichtungen einheitlich 20 Prozent der Personalkosten. Eltern mit zwei Kinder beteiligen sich daran mit zwei Dritteln, jene mit drei Kindern zu einem Drittel.⁶ In Thüringen gewährt das Land einen monatlichen Zuschuß von 150 DM pro Kindergartenplatz für anerkanntes Fachpersonal. Der restliche Betrag ist von den zuständigen Gemeinden zu zahlen. Die Eltern tragen maximal 50 Prozent der Sachkosten.⁷

In Berlin werden die Gebühren für Kita- und Hortplätze zum 1. Januar '93 erhöht. Während Eltern im Ostteil bislang einheitlich 60 Mark zahlten, kommt auf sie nun eine Steigerung um bis zu 430 Mark, gestaffelt nach Einkommen⁸, zu. Im Westteil erhöhen sich die Gebühren zwischen 30 und 180 Mark. Eine solch enorme Erhöhung als sozialverträglich zu bezeichnen, bleibt den Betroffenen überlassen.

Obleich sich die Arbeit der Vorschuleinrichtungen nunmehr an den Bedürfnissen der Kinder und Familien orientiert, könnte aufgrund des Finanzierungsanteiles der Eltern möglicherweise davon Abstand genommen werden, die Kinder unter sinnvoller Anleitung zum Spielen und spielendem Lernen auf die Schule vorzubereiten.⁹ Durch die Finanzierungsformen, die insbesondere für die kommunalen Träger große Aufwendungen bedeuten, könnte aufgrund starker finanzieller Belastungen qualifiziertes Personal nur in begrenztem Maße eingestellt werden. Das kann gravierende Folgen für die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen nach sich ziehen.

⁵ Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen im Freistaat Sachsen (Gesetz über Kindertageseinrichtungen - SäKiTaG), vom 3. Juli 1991. In: GVBl. 1991 S. 237ff.

⁶ Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (KiTaG). In: GVBl. 1991 S. 126ff.

⁷ Thüringer Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder als Landesausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz. In: GVBl. 1991 S. 113ff.

⁸ Vgl. Stark, Holger: Kita-Plätze werden teurer : Bis zu 490 Mark Kostenbeteiligung / 65 Millionen Mark Gewinn. In: Berliner Zeitung 48(1992-11-23)274, S. 19.

⁹ Vgl. "Viele Kinder werden auf der Straße sich selbst überlassen" : Eltern, Erzieher und Wohlfahrtsverband warnen vor teuren Kitas. In: Der Tagesspiegel 48(1992-12-04)14400, S. 12.

Brandenburg:

Zweites Gesetz zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe - Kindertagesstättengesetz (Kita-Gesetz), vom 10. Juni 1992. In: GVBl. I 1992 S. 178.

Vorschule: Brandenburg: Kita-Gesetz

Mecklenburg-Vorpommern:

Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege - Erstes Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (KitaG), vom 19. Mai 1992. In: MiBl. 6/1992 S. 249.

Vorschule: Meckl.-Vorp.: Kita-Gesetz

Richtlinie über die Beteiligung des Landes Mecklenburg-Vorpommern an den Kosten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (Kindertages-Förderungs-Richtlinie), vom 17. Juni 1992. In: ABl. 26/1992 S. 638 sowie MiBl. 9/1992 S. 486.

Vorschule: Meckl.-Vorp.: Landesbeteiligung

Sachsen-Anhalt:

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Landeszuwendungen zu den Personalkosten von Kindertagesstätten, vom 27. Mai 1992. In: GVBl. 1992 S. 401.

Vorschule: Sachsen-Anhalt: Personalkosten/Änderung

Sachsen:

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie zur Änderung der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen im Freistaat Sachsen, vom 29. April 1992. In: GVBl. 1992 S. 285.

Vorschule: Sachsen: Kita-Gesetz/Änderung zur Durchführung

2 ALLGEMEINBILDENDES SCHULWESEN

Nachdem in den ostdeutschen Bundesländern im Schuljahr 1991/92 die neuen Schulstrukturen eingeführt wurden, treten nun inhaltliche Gestaltungsmomente stärker in den Vordergrund. Eine Ausnahme bildet der Freistaat Sachsen insofern, als deren im Schulgesetz von 1991 festgelegte Schulstruktur erst mit dem jetzt begonnenen Schuljahr eingerichtet wird.

Folgende Einschätzungen und Veränderungen werden aus Veröffentlichungen der einzelnen Bildungs- bzw. Kultusministerien deutlich:

In **Brandenburg** haben erstmals die Schülerinnen und Schüler der sechsten Klassen gemeinsam mit ihren Eltern über die weitere *Schullaufbahn* entschieden. 54 Prozent von ihnen werden eine Gesamtschule, 31 Prozent ein Gymnasium und 15 Prozent eine Realschule besuchen.¹⁰ Damit unterscheidet sich Brandenburg wesentlich von den anderen ostdeutschen Bundesländern, in denen Gesamtschulen nur bedingt oder gar nicht aufgebaut werden. Dort ist der Wunsch, ein Gymnasium zu besuchen, erheblich größer.

Mit Beginn des Schuljahres 1992/93 wird für rund 10.000 Schüler der Klassen 7 bis 10 die Möglichkeit geschaffen, nachmittags in der Schule Betätigungsfelder entsprechend den individuellen Interessen zu finden. Dazu wurden Anträge von 42 der insgesamt 461 Schulen der Sekundarstufe I aus 17 Kreisen des Landes bestätigt, bei denen es sich ausschließlich um Gesamtschulen handelt. Das Konzept der *Ganztagsbetreuung* sieht vor, daß die Schüler an drei oder vier Wochentagen nach Unterrichtsende bis 16 Uhr unter Angeboten auswählen können, durch die sie im Unterricht erworbene Erkenntnisse vertiefen und erweitern können. Außerdem können sie offene Freizeitangebote wahrnehmen und an Arbeitsgemeinschaften teilnehmen, die ihre ganz individuellen, außerhalb des Unterrichts liegenden Interessen ansprechen.¹¹

Damit wird der Versuch unternommen, der Schule insofern eine neue Qualität zu geben, als sie über den Rahmen einer Bildungsstätte im Sinne des Unterrichts hinaus Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung der Jugendlichen schafft, Interessen weckt und fördert sowie zu einem Ort der außerunterrichtlichen sozialen Kommunikation wird. Auch wenn die Beteiligung von knapp elf Prozent der möglichen Schulen zunächst als ein bescheidener

¹⁰ Vgl. Pressemitteilung 63/1992, vom 02.05.1992 / Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

¹¹ Vgl. Pressemitteilung 119/1992, vom 24.07.1992 / Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Anfang erscheinen mag, wird auch im Bereich der Schule die Chance genutzt, mit Aktivitäten, konkreten Angeboten Jugendliche anzusprechen und Problemen, die sich um das Thema "Gewalt unter Jugendlichen" subsumieren lassen, aktiver zu entgegenen.

Im jetzt laufenden Schuljahr beginnt der *Modellversuch "Lebensgestaltung-Ethik-Religion"* unter Beteiligung der Evangelischen Kirche. Anliegen des heftig umstrittenen Versuches ist es, Kindern und Jugendlichen das gemeinsame Gespräch über wichtige Lebensfragen zu ermöglichen, ohne sie dabei in Gruppen von Christen und Nichtchristen zu teilen. Die Evangelische Kirche wird sich zunächst für ein Jahr an 20 der 44 ausgewählten Schulen am Modellversuch beteiligen, was eine Integration in die inhaltliche und organisatorische Planung einschließt. Vertreter dieser Kirche werden am Modellversuch mitarbeiten und innerhalb der staatlichen Schulen Religionsunterricht für interessierte Schülerinnen und Schüler erteilen.¹²

Alle Schüler der 9. Klassen aller Schulformen, die am Unterricht im Fach Arbeitslehre teilnehmen, erhalten mit Beginn des neuen Schuljahres Gelegenheit, im Rahmen von zwei-, maximal dreiwöchigen *Betriebspraktika* einen Einblick in die Berufs- und Arbeitswelt zu bekommen. Das *Praktikum* findet in Betrieben und Einrichtungen statt, in denen in anerkannten Berufen ausgebildet wird. Bei der Aufteilung der Praktikumsstellen sollen Schülerwünsche Berücksichtigung finden.¹³

Auch in diesem Zusammenhang wird der Bruch mit der DDR-Schule und ihren verordneten Praktiken deutlich. Die mit dem polytechnischen Unterricht verbundenen Tätigkeiten fanden ausschließlich in jenem Betrieb statt, mit dem die jeweilige Schule entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen hatte. Die Aufteilung der Schüler auf die einzelnen Arbeitsbereiche erfolgte nicht auf der Grundlage von Schülerwünschen. Ein Kriterium für den Schülereinsatz war die Einführung der Schüler in möglichst viele Produktionsbereiche. Die produktive Tätigkeit von Schülern wurde aber auch dazu genutzt, Produktionslücken des Betriebes durch "Hilfskräfte" zu schließen.

Das Fach *Astronomie*, das zunächst ersatzlos aus dem Fächerkanon des allgemeinbildenden Unterrichts gestrichen wurde, wird vorerst in Form von Arbeitsgemeinschaften wieder an Schulen des Landes Brandenburg zurückkehren. Die hohe fachliche Kompetenz einer Vielzahl von Lehrkräften, die qualitativ gute Ausstattung der Schulen mit Fernrohren und anderen Lern-

¹² Vgl. Pressemitteilung 116/1992, vom 10.07.1992 / Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

¹³ Vgl. Pressemitteilung 112/1992, vom 30.06.1992 / Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

mitteln sowie das Vorhandensein von ausgebauten Beobachtungseinrichtungen sind Gründe, dieses Fach in einem weiteren Schritt wieder als reguläres, eigenständiges Unterrichtsfach in die Sekundarstufe I und II aufzunehmen.¹⁴

Mit Beginn des Schuljahres 1992/93 wird die *gymnasiale Oberstufe* mit den Klassen 11 bis 13 - es sei daran erinnert, daß Brandenburg das einzige der neuen Bundesländer ist, in dem das Abitur in Klasse 13 abgelegt wird - jahrgangsweise aufgebaut. An 129 Schulen nehmen 9.300 Schüler in über 380 Klassen die Möglichkeit wahr, sich auf das Abitur vorzubereiten. Damit haben sich 41,2 Prozent der Absolventen der 10. Klassen des Schuljahres 1991/92 für den hochschulvorbereitenden Bereich entschieden. 60 Prozent der angehenden Abiturienten gehen diesen Weg am Gymnasium. 18,3 Prozent absolvieren die gymnasiale Oberstufe an einer Gesamtschule und 12 Prozent der diesjährigen 11. Klassen besuchen ein Oberstufenzentrum.¹⁵

Damit werden, wie auch in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, Beispiele gegeben, den Bildungsweg bis zum Abitur in höherem Maße durchlässig zu gestalten. In den alten und neuen Bundesländern, auch dort, wo eine starke, insbesondere nach Leistungsaspekten gegliederte Schulstruktur dominiert, ist auf der Grundlage der Gesetzgebung der Weg zum Abitur prinzipiell für jedes Kind möglich. Die Niveaudifferenzierungen zwischen den einzelnen Schularten sind aber praktisch kaum dazu geeignet, einen Hauptschüler mit sehr guten Ergebnisse zum Übergang auf das Gymnasium zu ermutigen.¹⁶

Die ca. 11 700 Schüler derzeitiger 11. und 12. Klassen können im Rahmen von Übergangsregelungen das Abitur noch auf der Basis des DDR-Rechts ablegen. Dieser Abschluß ist durch Beschluß der Kultusministerkonferenz bundesweit als gleichwertig mit den Hochschul-Zugangsberechtigungen der alten Bundesländer anerkannt.

Der von den Eltern zu erbringende Anteil bei der *Schulbuchbeschaffung* bleibt im Vergleich zum zurückliegenden Schuljahr konstant. In den Klassen 1 bis 4 bezahlen die Eltern je Kind 17 DM. Für die Klassen 5 und 6 der

¹⁴ Vgl. Pressemitteilung 122/1992, vom 29.07.1992 / Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

¹⁵ Vgl. Pressemitteilung 178/1992, vom 21.10.1992 / Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

¹⁶ Vgl. Bildungsgesamtplan '90 : ein Rahmen für Reformen / Klaus Klemm u.a. - Weinheim; München: Juventa-Verl. 1990, S. 93. - (Veröffentlichungen der Max-Traeger-Stiftung; 12)

Grundschule, die Klassen 7 bis 10 der Sekundarstufe I sowie die Klassen 11 bis 13 der Sekundarstufe II sind jeweils 38 DM zu entrichten. Bei Eltern mit drei und mehr Kindern wird der Betrag vom dritten Kind an um 50 Prozent ermäßigt, wenn drei Kinder eine Schule besuchen. Eltern, die Sozialhilfe empfangen, sind vom Eigenanteil befreit.¹⁷

Ausbildungsordnung der gymnasialen Oberstufe im Land Brandenburg (AO-GOST), vom 30. Juli 1992.

In: GVBl. II 1992 S. 228 sowie ABIKM. 8/1992 S. 455.

Schulwesen: Brandenburg: Gymnasiale Oberstufe

Verwaltungsvorschriften über die Aufnahmekapazität und das Auswahlverfahren beim Übergang in Schulen der Sekundarstufe I, vom 20. März 1992.

In: ABIKM. 3/1992 S. 191.

Schulwesen: Brandenburg: Übergang in Sek I

Verwaltungsvorschriften zu § 34 des Ersten Schulreformgesetzes für das Land Brandenburg vom 28. Mai 1992 - Überwachung der Schulpflicht, vom 1. April 1992. In: ABIKM. 3/1992 S. 208.

Schulwesen: Brandenburg: Schulpflicht

Verwaltungsvorschrift über den Schuljahresablauf und die Prüfungen im auslaufenden Bildungsgang "Abiturstufe" nach dem Recht der ehemaligen DDR für das Schuljahr 1992/93 (VV-EOS), vom 27. Juli 1992.

In: ABIKM. 8/1992 S. 452.

Schulwesen: Brandenburg: Abiturstufe

Betrifft Verwaltungsvorschriften zur Unterrichtsorganisation im Schuljahr 1992/93 (Organisationserlaß), vom 7. Juli 1993. In: ABIKM. 8/1992 S. 462.

Schulwesen: Brandenburg: Unterrichtsorganisation

Einrichtung von zweizügigen gymnasialen Oberstufen, vom 20. Juli 1992.

In: ABIKM. 8/1992 S. 462.

Schulwesen: Brandenburg: Gymnasiale Oberstufe

Regelungen für das Schuljahr 1992/93 zur Durchführung des evangelischen Religionsunterrichts im Land Brandenburg, vom 4. August 1992.

In: ABIKM. 8/1992 S. 464.

Schulwesen: Brandenburg: Religionsunterricht

¹⁷ Vgl. Pressemitteilung 123/1992, vom 30.07.1992 / Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Verwaltungsvorschriften über die Arbeit an sorbischen und anderen Schulen im deutsch-sorbischen Gebiet (VV-Sorbisch), vom 22. Juni 1992.

In: ABIKM. 6/1992 S. 376.

Schulwesen: Brandenburg: Sorbisches Sprachgebiet

Verwaltungsvorschriften über die Vergabe von Abschluß- und Abgangszeugnissen an Förderschulen für Lernbehinderte in den Schuljahren 1991/92 und 1992/93. In: ABIKM. 6/1992 S. 378.

Schulwesen: Brandenburg: Förderschule/Zeugnis

Lernmittelfreiheit - Grundsätze für die Lernmittelbeschaffung, vom 10. Juli 1992. In: ABIKM. 8/1992 S. 461.

Schulwesen: Brandenburg: Lernmittel

Rundschreiben Nr. 018/03/92 vom 6. März 1992: Reifeprüfungen und Sprachkundigenprüfungen in den Fremdsprachen.

In: ABIKM. 3/1992 S. 217.

Schulwesen: Brandenburg: Fremdsprachen

Verwaltungsvorschriften über die Durchführung von Schülerbetriebspraktika im Rahmen des Unterrichts in den Schulen des Landes Brandenburg auf der Grundlage von § 22 des Ersten Schulreformgesetzes (VV-Betriebspraktika), vom 22. Mai 1992. In: ABIKM. 7/1992 S. 404.

Schulwesen: Brandenburg: Betriebspraktikum

Verwaltungsvorschriften über das Fernbleiben und die Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern (VV-Beurlaubung), vom 27. Mai 1992.

In: ABIKM. 7/1992 S. 408.

Schulwesen: Brandenburg: Schülerbeurlaubung

Gewährleistung der Sicherheit beim Schulsport und Schwimmunterricht

In: ABIKM. 7/1992 S. 414.

Schulwesen: Brandenburg: Schulsport

Nachtrag zum Katalog der zugelassenen Schulbücher im Land Brandenburg für das Schuljahr 1992/93. In: ABIKM. 6/1992 S. 370.

Schulwesen: Brandenburg: Schulbuch/Änderung

Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung in Brandenburg, vom 7. April 1992. In: ABIKM. 3/1992 S. 213.

Schulwesen: Brandenburg: Schule/Berufsberatung

Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Elternanteil an der Finanzierung der Schulspeisung und Horteinrichtungen sowie die Landeszuschüsse für Personalkosten und über die Entfernungsbegrenzung für die Schülerfahrtkostenerstattung, vom 02.10.1992. In: GVBl. 1992 S. 670.

Schulwesen: Brandenburg: Finanzierung/Hort/Schulspeisung/Änderung

Vorabregelungen zu schulabschlußbezogenen Lehrgängen im zweiten Bildungsweg an Volkshochschulen im Schuljahr 1992/93, vom 20. Mai 1992. In: ABIKM. 7/1992 S. 416.

Schulwesen: Brandenburg: Volkshochschule

In **Mecklenburg-Vorpommern** haben die *Rahmenrichtlinien* aus dem Schuljahr 1991/92 im allgemeinen weiterhin Gültigkeit, lediglich für die erste und zweite Fremdsprache wurden neue Pläne erarbeitet. Mit Beginn des neuen Schuljahres wurde eine andere Stundentafel eingeführt. In ihr wird Heimat- und Sachkunde als eigenständiges Fach in der Grundschule ausgewiesen. Gleichzeitig wird das bisher eigenständige Fach Schulgarten mit seinen Inhalten und Stundenzahl in das neue Fach eingebunden. In den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen gibt es im wesentlichen nur eine Veränderung von Themenschwerpunkten für die einzelnen Klassenstufen, insbesondere für die Unterrichtsfächer Biologie, Geographie und Geschichte.¹⁸

Für die *Orientierungsstufe* ist eine stärkere Akzentuierung der Ziele derart beabsichtigt, daß die Schüler an Lernangebote und Unterrichtsmethoden der jeweiligen Schulart herangeführt werden. Der Schüler soll seine Leistungsfähigkeit in bezug auf die Anforderungen der Schulart erproben, die vorher von ihm und seinen Eltern ausgewählt wurde. Diese Erprobungsphase wird in allen Schularten als Versetzungseinheit gestaltet. Am Ende der Orientierungsstufe gehen **a l l e** Schüler in die Klassenstufe 7 einer für sie geeigneten Schulart über. Eine Nichtversetzung in den Klassen 5 und 6 soll es künftig nicht mehr geben.¹⁹

¹⁸ Vgl. Hinweise zur Arbeit mit den vorläufigen Rahmenrichtlinien an den allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern für das Schuljahr 1992/93 unter besonderer Berücksichtigung der veränderten Stundentafel / Hrsg.: Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft mbH 1992, 24 S.

¹⁹ Die Orientierungsstufe wird inhaltlich gestaltet. In: Presseinformation. Wochen dienst vom 11.8. bis 2.9.1992: Zur Lage des Schulwesens 1992/93 / Hrsg.: Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern, Pressestelle, 02.09.1992, 1 S.

Rahmenrichtlinien im Schuljahr 1992/93 an allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. In: MiBl. 7/1992 S. 278.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Rahmenrichtlinie

Einführung von Rahmenrichtlinien, Rahmenlehrplänen und einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung für den Unterricht an öffentlichen Schulen und staatlich anerkannten Schulen in freier Trägerschaft, vom 1. August 1992. In: MBl. 1992 S. 1264.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Rahmenrichtlinie/Prüfungsanforderung

Errichtung von Aufbauklassen an Realschulen und Gymnasien im Schuljahr 1992/93. In: BiMl. 6/1992 S. 230.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Realschule/Aufbauklasse

Vorläufige Verordnung über die Realschulabschlußprüfung für Nichtschüler (Nichtschülerprüfung Realschule), vom 11. Mai 1992.

In: GVBl. 1992 S. 348 sowie MiBl. 7/1992 S. 348.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Realschule/Nichtschülerprüfung

Vorläufige Verordnung über die Hauptschulabschlußprüfung für Nichtschüler (Nichtschülerprüfung Hauptschule), vom 11. Mai 1992.

In: GVBl. 1992 S. 354 sowie MiBl. 7/1992 S. 265.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Hauptschule/Nichtschülerprüfung

Richtlinie für die Verwendung von zweckgebundenen Zuwendungen des Landes für Lehrmittel für das Haushaltsjahr 1992, vom 30. Juli 1992.

In: ABl. 33/1992 S. 829.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Lehrmittel/Landeszuwendung

Richtlinie für die Bewirtschaftung der Landeszuschüsse der Finanzierung der Lernmittelfreiheit durch die Schulträger, vom 30. Juli 1992.

In: ABl. 33/1992 S. 832.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Lernmittelfreiheit/Landeszuwendung

Zur Förderung des Niederdeutschen an allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. In: MiBl. 7/1992 S. 278.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Niederdeutsch

Einrichtung und Durchführung von frühbeginnendem Fremdsprachenunterricht ab dem Schuljahr 1992/93, vom 31. Juli 1992.

In: MiBl. 9/1992 S. 467.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Fremdsprachenunterricht

Richtlinie zur Förderung von Schülern mit Lese-Rechtschreibschwierigkeiten und einer förmlich festgestellten Legastenie, vom 11. Mai 1992.

In: MiBl. 7/1992 S. 271.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: LRS

Berichtigung und Ergänzung zum Schulbuchkatalog allgemeinbildender und beruflicher Schulen in Mecklenburg-Vorpommern für das Schuljahr 1992/93. In: MiBl. 6/1992 S. 231.

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Schulbuch/Änderung

Für **Sachsen-Anhalt** wurde nach einem Jahr Schulreformgesetz in der Praxis für den allgemeinbildenden Bereich folgende Bilanz gezogen:

Die Sekundarschule als Kernstück des Schulsystems hat sich durchgesetzt, da ihre Abschlüsse bundesweit anerkannt werden. Die inhaltliche Reform der Schule ist vollzogen und wird weitergeführt. Sachsen-Anhalt hat als einziges ostdeutsches Bundesland eigenständige, flächendeckende Rahmenrichtlinien im Schuljahr 1991/92 eingeführt, wodurch in allen Fächern neue Lerninhalte den Unterricht bestimmen. Trotz finanzieller Knappheit wurden und werden Schulbücher unentgeltlich ausgegeben. Die Betreuung der Kinder in Schulhorten ist gesichert.

Für die Erarbeitung von *Rahmenrichtlinien* und "Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung" wurden 300 Lehrkräfte und Hochschullehrer in 65 Kommissionen berufen. In diesem Zusammenhang wurden Arbeitsgruppen für folgende Bereiche bzw. Unterrichtsfächer gebildet: evangelischer und katholischer Religionsunterricht in allen Schularten; alle Fächerbereiche der Sonderschule für Geistigbehinderte; alle Fächer der Fachoberschule; die schulspezifischen Fächer der Fachgymnasien; Rechtskunde, Spanisch, Italienisch, Tschechisch an Gymnasien und Englisch an Fachschulen. Diese Kommissionen erstellen in 12 Fächern Prüfungsanforderungen für das Abitur. Die neuen Rahmenrichtlinien und Prüfungsanforderungen sollen noch in diesem Jahr als Entwürfe fertiggestellt werden und dann das gesetzlich vorgeschriebene Anhörungsverfahren durchlaufen. Voraussichtlich zu Beginn des Schuljahres 1993/94 könnten sie dann in Kraft treten.

Bei der *Novellierung* des Schulreformgesetzes bis zum 31. März 1993 soll an der Struktur des eingeführten Schulsystems im allgemeinbildenden Bereich festgehalten werden. Die Novellierungsvorschläge betreffen daher nur Einzelaspekte wie: die Überarbeitung des Bildungs- und Erziehungsauftrages, die Neubestimmung von Aufgaben einzelner Bildungsbereiche, die weitere Öffnung der Schule für individuelle Interessen und Bedürfnisse der Kinder, das demokratische Mitspracherecht aller am Schulleben Beteiligten, die Aufgaben und Kompetenzen der Schulverwaltung. Ein erster Entwurf liegt vor, zu dem eine öffentliche Anhörung durchgeführt wird.²⁰ Damit wird nicht nur aktuellen Erfordernissen Rechnung getragen, sondern es werden auch Problemkreise, wie z. B. die Demokratisierung von Schule und die Erziehungsverantwortung der Eltern, aufgegriffen und in die Realität umgesetzt, die von mutigen Lehrern, Schulleitern und Wissenschaftlern in Vorbereitung des IX. Pädagogischen Kongresses 1989 zur Veränderung des Bildungswesens in der DDR benannt wurden.²¹

Gesetz zur Änderung des Schulreformgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt, vom 16. Dezember 1992. In: GVBl. 1992 S. 860.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Schulgesetz/Änderung

Verordnung über die Übergänge zwischen Schulformen und Bildungsgängen, vom 6. November 1992. In: GVBl. 1992 S. 771.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Übergang/Schulformen/Bildungsgang

Änderung der Vorläufigen Regelung zur Schulentwicklungsplanung im Lande Sachsen-Anhalt, vom 11. Juni 1992. In: MBl. 1992 S. 892.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Schulentwicklung/Änderung

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Ausstattung von Schulen mit Rechnern für den Unterricht, vom 22. Juni 1992.

In: MBl. 1992 S. 894.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Schulrechner

²⁰ Vgl. Das Experiment der Sekundarschule könnte die deutsche Bildungslandschaft in Bewegung bringen. DLZ-Gespräch mit dem Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Werner Sobetzko. In: Deutsche Lehrerzeitung 39(1992)41, S. 5.

²¹ Vgl. Kaak, Heike: Briefe, die umsonst geschrieben wurden? Vor dem IX. Pädagogischen Kongreß wollten Hunderte Vertrauen wagen. Sie wurden enttäuscht. In: Deutsche Lehrerzeitung 39(1992)48, S. 8.

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Musikschulen in Sachsen-Anhalt, vom 13. Juli 1992.

In: MBl. 1992 S. 937.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Musikschule

Klassenbildung und Ermittlung der Lehrersollstunden an Grundschulen für das Schuljahr 1992/93, vom 27. Mai 1992. In: MBl. 1992 S. 1104.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Grundschule/Klassenbildung/Lehrersollstunde

Klassenbildung und Ermittlung der Lehrersollstunden an Sekundarschulen für das Schuljahr 1992/93, vom 27. Mai 1992. In: MBl. 1992 S. 1105.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Sekundarschule/Klassenbildung/Lehrersollstunde

Klassenbildung und Ermittlung der Lehrersollstunden an Gymnasien für das Schuljahr 1992/93, vom 27. Mai 1992. In: MBl. 1992 S. 1108.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Gymnasium/Klassenbildung/Lehrersollstunde

Klassenbildung und Ermittlung der Lehrersollstunden an Schulen für Geistigbehinderte für das Schuljahr 1992/93, vom 3. Juli 1992.

In: MBl. 1992 S. 1113.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Förderschule/Klassenbildung/Lehrersollstunde

Klassenbildung und Ermittlung der Lehrersollstunden an Schulen für Lernbehinderte für das Schuljahr 1992/93, vom 7. Juli 1992.

In: MBl. 1992 S. 1116.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Förderschule/Klassenbildung/Lehrersollstunde

Richtlinien zur Durchführung des Schülerbetriebspraktikums, vom 26. Juni 1992. In: MBl. 1992 S. 1109.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Betriebspraktikum

Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung, vom 1. Juli 1992.

In: MBl. 1992 S. 1112.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Schule/Berufsberatung

Ausstattungsempfehlungen für die Schulen in Sachsen-Anhalt, vom 6. Juli 1992. In: MBl. 1992 S. 1115.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Schulausstattung

Beiträge für die Unterkunft und Verpflegung in Internaten und Wohnheimen der in der Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt stehenden Schulen, vom 3. August 1992. In: MBl. 1992 S. 1567.

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Internat/Unterkunft/Verpflegung

Im Freistaat **Sachsen** wurden zum 31. Juli 1992 alle bis dato existierenden Polytechnischen (POS) und Erweiterten Oberschulen (EOS) geschlossen. An ihre Stelle traten zu Beginn des neuen Schuljahres, am 1. August, die im Schulgesetz bestimmten Schularten Grundschule, Mittelschule und Gymnasium für den allgemeinbildenden Bereich. Die Funktionen der Schulleiter und stellvertretenden Schulleiter an POS und EOS endeten gleichfalls am 31. Juli. Das bedeutete, daß zu Beginn des neuen Schuljahres sämtliche Schulleitungen personell neu zu besetzen waren. Die Lehrer konnten sich für eine Schule der neuen Struktur bewerben.

Seit Beginn des Schuljahres 1992/93 gelten für die neu eingerichteten Schularten selbstverständlich neue *Studentafeln*. Gesonderte Regelungen sind für sorbische bzw. Schulen im deutsch-sorbischsprachigen Raum in Kraft getreten.

Alte, bereits für das Schuljahr 1991/92 überarbeitete Lehrpläne gelten noch für die Klasse 10 der Mittelschule in den Fächern Technik und zweite Fremdsprache. In den 10. Klassen der Förderschulen, die an Abschlußprüfungen teilnehmen, sowie in allen Fächern der Klasse 12 des Gymnasiums wird aufgrund des bevorstehenden Abschlusses bzw. der Prüfungen ebenfalls noch nach den Richtlinien des Schuljahres 1991/92 unterrichtet.

Evangelischer *Religionsunterricht* wird zunächst in Klasse 5 und 9 erteilt. Auf den Unterricht aus Klasse 5. aufbauend wird in Klasse 6 dieses Unterrichtsfach weitergeführt. Katholischer Religionsunterricht wird in allen Klassenstufen unterrichtet. Ethik wird mit Beginn des neuen Schuljahres in Klasse 5 und 9 eingeführt. Schüler dieser Klassen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, sind verpflichtet, das Fach Ethik zu besuchen. In den Fällen, wo nur eines der Fächer angeboten werden kann, ist den Schülern gestattet, sich ersatzlos von diesem Fach abzumelden.

Kurse in Religion oder Ethik können in der Jahrgangsstufe 11 der gymnasialen Oberstufe am Gymnasium erteilt werden, wenn in den Klassen-

stufen 5 und 9 im jeweiligen Fach die Durchführung des Unterrichts gesichert ist.²²

Für alle Schüler der 4. Klassen wird, wie bereits in allen anderen ostdeutschen Bundesländern auch, nach Beratung mit den Eltern zum Ende des 1. Schulhalbjahres eine *Bildungsempfehlung* zusammen mit dem Halbjahreszeugnis gegeben. Dieser Fakt ist hervorhebenswert, weil dadurch, daß die Erziehungsberechtigten den Bildungsweg ihres Kindes nun selbst auswählen können, auch unter diesem Gesichtspunkt mit der DDR-Tradition gebrochen wird.

Schüler der Klassen 6 und 10, die in ein Gymnasium aufgenommen werden möchten, erhalten von ihrer Schule eine Bildungsempfehlung auf Antrag der Erziehungsberechtigten. Den Übergang nach Klasse 10 in ein berufliches Gymnasium regeln gesonderte Vorschriften.

Schüler der Klasse 4, die keine Bildungsempfehlung für das Gymnasium erhalten haben, können auf Antrag der Eltern vorläufig die Klasse 5 des Gymnasiums besuchen, in der Englisch als erste Fremdsprache erteilt wird. Am Ende der 6. Klasse wird erneut eine Bildungsempfehlung gegeben. Wird diese dann für die Mittelschule erstellt, sind die Schüler verpflichtet, an die Mittelschule überzutreten. Für diese Schüler ist der Antrag um Aufnahme in ein Gymnasium nach Klasse 6 ausgeschlossen. Ein derartiger Antrag ist nach Klasse 10 hingegen wieder zulässig.

Schüler der Klassen 6 und 10, die ein Gymnasium besuchen möchten, jedoch die Bildungsempfehlung für die Mittelschule erhalten haben, nehmen an einer Eignungsprüfung teil.²³

Obgleich die Mittelschule nach berufsbezogenen Aspekten differenziert gestaltet wird, bietet sie relativ einheitliche Rahmenbedingungen. Damit sind Schüler und Eltern nicht vor die häufig schwierige Wahl zwischen verschiedenen Schularten einer Bildungsstufe und möglichen Übergänge gestellt. Dennoch wird zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Zugang zu anderen Schularten, z. B. der Wechsel zum Gymnasium, ermöglicht.

Wie im Schulgesetz²⁴ ausgewiesen, umfaßt die *gymnasiale Oberstufe* die Jahrgangsstufen 11 und 12. Der Übergang von der 11. zur 12. Jahrgangsstufe erfolgt ohne Versetzungsentscheidung.

²² Vgl. Verwaltungsvorschrift zur Durchführung und zum Ablauf des Schuljahres 1992/93, vom 12. Juni 1992. In: ABl. d. Sächs. Staatsministeriums für Kultus 8/1992 S. 24.

²³ Vgl. ebenda, S. 24.

²⁴ Vgl. Schulgesetz für den Freistaat Sachsen (SchulG), vom 3. Juli 1991. In: GVBl. 1991 S. 213ff.

Voraussetzung für den Eintritt in die gymnasiale Oberstufe ist der erfolgreiche Abschluß der Klasse 10 des Gymnasiums. Schüler der Mittelschule, die über einen mittleren Bildungsabschluß verfügen, müssen vor Eintritt in die gymnasiale Oberstufe die Jahrgangsstufe 10 am Gymnasium besuchen.

Der Unterricht in der gymnasialen Oberstufe wird in Grund- und Leistungskursen erteilt. Leistungskurse werden mit 5, Grundkurse in sprachlich-literarischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern mit 3 und Grundkurse in gesellschaftswissenschaftlichen und musisch-künstlerischen Fächern mit 2 Wochenstunden unterrichtet. Leistungskurse können im Verlaufe der Oberstufe nicht gewechselt werden. Grundkurse werden jeweils für ein Jahr gewählt. Am Grundkurs müssen mindestens 12 Schüler, am Leistungskurs mindestens 10 Schüler teilnehmen. Kleinere Kurse sind nur in begründeten Ausnahmen zulässig.

Die Wochenstundenzahl beträgt 30 Unterrichtsstunden. Halbjährlich wird ein Zeugnis erteilt. Die Gesamtbewertung jedes Kurshalbjahres ergibt sich aus einer Bewertung für die Leistungen in den Klausuren sowie aus einer Bewertung für die übrigen schriftlichen, mündlichen und praktischen Leistungen. Die Bewertung der Schülerleistungen erfolgt nach einem Punktsystem.²⁵

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Unterrichtsorganisation im Schuljahr 1992/93 (Organisationserlaß), vom 1. Juni 1992. In: ABIKM. 8/1992 S. 1.

Schulwesen: Sachsen: Unterrichtsorganisation

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Durchführung und zum Ablauf des Schuljahres 1992/93, vom 12. Juni 1992. In: ABIKM. 8/1992 S. 22.

Schulwesen: Sachsen: Schuljahresablauf

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Geltung von Stundentafeln an Grundschulen, Mittelschulen, Förderschulen, Schulen im deutsch-sorbischen Gebiet und Gymnasien (Sekundarstufe I) im Freistaat Sachsen, vom 10. Juli 1992. In: ABIKM. 10/1992 S. 5.

Schulwesen: Sachsen: Stundentafel

²⁵ Vgl. Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die gymnasiale Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen im Freistaat Sachsen (GymOst-VO), vom 18. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 297.

Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Schülern mit Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben in LRS-Klassen an Grundschulen im Freistaat Sachsen. In: ABIKM. 15/1992 S. 10.

Schulwesen: Sachsen: Grundschule/LRS

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Durchführung der Abschlußprüfungen (Realschulabschluß und qualifizierender Hauptschulabschluß) des Schuljahres 1992/93 im Freistaat Sachsen.

In: ABIKM. 15/1992 S. 7.

Schulwesen: Sachsen: Abschlußprüfung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die gymnasiale Oberstufe im Freistaat Sachsen (GymOST-VO), vom 18. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 297 sowie ABIKM. 9/1992 S. 10.

Schulwesen: Sachsen: Gymnasiale Oberstufe

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einrichtung und Organisation der gymnasialen Oberstufe in Sachsen.

In: ABIKM. 9/1992 S. 16.

Schulwesen: Sachsen: Gymnasiale Oberstufe

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Durchführung der Reifeprüfung des Schuljahres 1992/93 im Freistaat Sachsen, vom 10. September 1992. In: ABIKM. 15/1992 S. 1.

Schulwesen: Sachsen: Reifeprüfung

Berichtigung bzw. Ergänzung in der Reifeprüfungsverordnung, vom 10. September 1992. In: ABIKM. 17/1992 S. 16.

Schulwesen: Sachsen: Reifeprüfung/Änderung

Hinweise zur Vorbereitung auf die Reifeprüfung im Schuljahr 1992/93.

In: ABIKM. 18/1992 S. 1.

Schulwesen: Sachsen: Reifeprüfung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Arbeit an sorbischen und anderen Schulen im deutsch-sorbischen Gebiet, vom 22. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 307 sowie ABIKM. 16/1992 S. 5.

Schulwesen: Sachsen: Sorbisches Sprachgebiet

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Aufhebung der Polytechnischen Oberschulen und Erweiterten Oberschulen, vom 30. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 310 sowie ABIKM. 10/1992 S. 40.

Schulwesen: Sachsen: Auflösung/POS/EOS

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Mitwirkung der Eltern in den Schulen im Freistaat Sachsen, vom 10. September 1992. In: GVBl. 1992 S. 420 sowie ABIKM. 14/1992 S. 1.

Schulwesen: Sachsen: Elternmitwirkung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Mitwirkung der Schüler in den Schulen im Freistaat Sachsen, vom 10. September 1992. In: GVBl. S. 424 sowie ABIKM. 14/1992 S. 5.

Schulwesen: Sachsen: Schülermitwirkung

Information zum Verfahren der Vorbereitung, Genehmigung und Durchführung von Modellversuchen. In: ABIKM. 9/1992 S. 21.

Schulwesen: Sachsen: Modellversuch

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einrichtung Schulpsychologischer Beratungsstellen im Freistaat Sachsen, vom 1. Juli 1992. In: ABIKM. 10/1992 S. 46.

Schulwesen: Sachsen: Schulpsychologie

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Tätigkeit der Schulpsychologen im Freistaat Sachsen, vom 1. Juni 1992. In: ABIKM. 10/1992 S. 47.

Schulwesen: Sachsen: Schulpsychologie

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Auswahl und Bestellung von Beratungslehrern im Freistaat Sachsen, vom 1. Juni 1992. In: ABIKM. 10/1992 S. 49.

Schulwesen: Sachsen: Beratungslehrer

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Tätigkeit von Beratungslehrern an den Schulen im Freistaat Sachsen, vom 1. Juni 1992. In: ABIKM. 10/1992 S. 50.

Schulwesen: Sachsen: Beratungslehrer

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über Schülerzeitschriften im Freistaat Sachsen, vom 10. September 1992.

In: GVBl. 1992 S. 429 sowie ABIKM. 14/1992 S. 10.

Schulwesen: Sachsen: Schülerzeitschrift

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über Aufbewahrung und Ausscheidung schulischer Unterlagen (VwV Aufbewahrung), vom 11. September 1992. In: ABIKM. 14/1992 S. 11.

Schulwesen: Sachsen: Unterlagenaufbewahrung

Verwaltungsvorschrift zur Struktur des Schulsports im Freistaat Sachsen, vom 20. August 1992. In: ABIKM. 11/1992 S. 5.

Schulwesen: Sachsen: Schulsport

Nachtragsverzeichnis der zum Gebrauch an Sächsischen Schulen zugelassenen Schulbücher für das Schuljahr 1992/93, vom 27. August 1992.

In: ABIKM. 11/1992 S. 10.

Schulwesen: Sachsen: Schulbuch/Änderung

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über Werbung, Wettbewerb und Erhebungen in Schulen, vom 20. August 1992.

In: ABIKM. 11/1992 S. 16.

Schulwesen: Sachsen: Erhebung

Wochenstundentafel für das Kolleg im Freistaat Sachsen.

In: ABIKM. 11/1992 S. 6.

Schulwesen: Sachsen: Kolleg/Wochenstundentafel

Wochenstundentafel für das Abendgymnasium im Freistaat Sachsen.

In: ABIKM. 11/1992 S. 11.

Schulwesen: Sachsen: Abendgymnasium/Wochenstundentafel

Wochenstundentafel für die Abendmittelschule in Freistaat Sachsen.

In: ABIKM. 11/1992 S. 8.

Schulwesen: Sachsen: Abendmittelschule/Wochenstundenzahl

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus, des Sächsischen Staatsministeriums des Innern und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Schulwegsicherung und Beförderung von Schülern. In: ABIKM. 16/1992 S. 1.

Schulwesen: Sachsen: Schulwegsicherung

Auch in **Thüringen** wurde das erste Schuljahr auf der Grundlage des vorläufigen Bildungsgesetzes²⁶ absolviert. Dazu wurden die vierjährige Grundschule, Regelschulen und Gymnasien eingerichtet. Die Differenzierung beginnt in der Regelschule in Klasse 7 und führt den Schüler entweder zum Haupt- oder zum Realschulabschluß.

Das Gymnasium umfaßt die Klassenstufen 5-12. Für Schüler mit Realschulabschluß ist, wie in Sachsen, der Eintritt in eine dreijährige gymnasiale Oberstufe möglich. Im Entwurf des neuen Schulgesetzes - das vorläufige Bildungsgesetz wurde für eine Übergangszeit von zwei Jahren am 25. März 1991 erlassen - wird wie bisher die Möglichkeit offen gelassen, sowohl nach der vierten, als auch nach der fünften oder sechsten Klasse zum Gymnasium zu wechseln. Damit wird in Thüringen nach wie vor auf die Einrichtungen einer klassischen Orientierungsstufe verzichtet.²⁷ Schülern aus den Klassenstufen 7 bis 9, die im Schuljahr 1991/92 nicht das Gymnasium besuchen konnten, weil noch keine Gymnasialklassen eingerichtet waren, wird jetzt die Möglichkeit eingeräumt, am Gymnasium das Abitur abzulegen. Der Weg zum Gymnasium ist an die Voraussetzung gebunden, daß in den Fächern Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache, in der Grundschule Heimat- und Sachkunde, mindestens die Note "gut" erreicht wurde. Für Schüler der Klassenstufe 10 der Regelschule ist der Übertritt in die dreijährige Oberstufe des allgemeinbildenden Gymnasiums auch dann möglich, wenn anstelle der Leistungsvoraussetzung eine Empfehlung für diesen Bildungsweg vorliegt oder eine Aufnahmeprüfung bestanden wurde. Eine solche Prüfung ist nur dann zu absolvieren, wenn die Erziehungsberechtigten den Besuch des Gymnasiums ausdrücklich wünschen, aber keine Empfehlung der abgebenden Schule vorliegt.²⁸

Der Entwurf zum neuen Schulgesetz sieht vor, die *Gesamtschule* aus dem bisherigen Versuchsstadium herauszunehmen. Sie kann, wenn das Gesetz im Wortlaut des Entwurfes verabschiedet wird, bei Bedarf eingerichtet werden, wenn daneben das Angebot an allgemeinbildenden Schulen im gegliederten Schulsystem gewährleistet ist.

²⁶ Vgl. Vorläufiges Bildungsgesetz (VBIG). In: GVBl. 1991 S. 61.

²⁷ Vgl. Schulgesetz ohne Zwangsorientierung. In: Deutsche Lehrerzeitung 39(1992)49, S. 1.

²⁸ Vgl. Zweite Thüringer Verordnung zur Regelung des Übertritts an allgemeinbildende Gymnasien sowie in die Klassenstufe 11 des beruflichen Gymnasiums (Zweite Thüringer Übertrittsverordnung - 2. ThürÜVO), vom 10. März 1992. In: GVBl. 1992 S. 79ff.

Gesetz über die Förderschulen in Thüringen (Förderschulgesetz - FSG), vom 21. Juli 1992. In: GVBl. 1992 S. 356 sowie GABl. 8/1992 S. 397.

Schulwesen: Thüringen: Förderschule

Thüringer Gesetz über die Finanzierung der staatlichen Schulen (ThürSchFG), vom 21. Juli 1992.

In: GVBl. 1992 S. 366 sowie GABl. 8/1992 S. 404.

Schulwesen: Thüringen: Finanzierung

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen (1. ÄndGThürSchFG), vom 15.12.1992.

In: GVBl. 1992 S. 575.

Schulwesen: Thüringen: Finanzierung/Änderung

Erste Thüringer Verordnung zur Änderung der Vorläufigen Grundschulordnung, vom 30. Oktober 1992. In: GVBl. 1992 S. 559.

Schulwesen: Thüringen: Grundschule/Schulordnung/Änderung

Erste Thüringer Verordnung zur Änderung der Vorläufigen Gymnasialschulordnung, vom 19. August 1992. In: GVBl. 1992 S. 440.

Schulwesen: Thüringen: Gymnasium/Schulordnung/Änderung

Vorläufige Lehrplanhinweise für die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe in Thüringen. In: GABl. 9/1992 S. 428.

Schulwesen: Thüringen: Gymnasiale Oberstufe/Lehrplan

Nachtrag zum Schulbuchkatalog. In: GABl. 7/1992 S. 367.

Schulwesen: Thüringen: Schulbuch/Änderung

Vorläufige Thüringer Verordnung über die Mitwirkung der Landesschülervertreter, Landeselternvertreter und des Landesschulbeirates (Vorläufige Thüringen Mitwirkungsverordnung - VThürMitVO), vom 13.11.1992.

In: GVBl. 1992 S. 578.

Schulwesen: Thüringen: Mitwirkung/Schülervertretung/Elternvertretung

Berichtigung der Termine der Sommerferien für Thüringer Schulen, vom 25. Mai 1992. In: GABl. 8/1992 S. 405.

Schulwesen: Thüringen: Ferien/Änderung

3 BERUFSBILDENDES SCHULWESEN

Brandenburg:

Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Fachoberschule im Land Brandenburg, vom 9. April 1992.

In: GVBl. II 1992 S. 200 sowie ABIKM. 5/1992 S. 299.

Berufsbildung: Brandenburg: Fachoberschule

Verwaltungsvorschriften zu § 11 und § 36 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Fachoberschule im Land Brandenburg, vom 18. Juni 1992.

In: ABIKM. 7/1992 S. 409.

Berufsbildung: Brandenburg: Fachoberschule

Verwaltungsvorschriften über die Durchführung von Prüfungen an Fachschulen sowie den Fachschulabschluß für auslaufende Bildungsgänge, vom 6. Mai 1992. In: ABIKM. 3/1992 S. 193.

Berufsbildung: Brandenburg: Fachschule

Ausbildungs- und Prüfungsordnung der zwei- und dreijährigen Berufsfachschule zur Erlangung des Berufsabschlusses nach Landesrecht (Assistentenberufe) und in Form der dreijährigen Berufsfachschule zur Erlangung der Fachhochschulreife (APO-BFS), vom 21. Juli 1992.

In: GVBl. II 1992 S. 432 sowie ABIKM. 8/1992 S. 427.

Berufsbildung: Brandenburg: Berufsfachschule

Förderung der Berufsausbildung im Land Brandenburg im Ausbildungsjahr 1992/93, vom 1. April 1992. In: ABl. 55/1992 S. 974.

Berufsbildung: Brandenburg: Förderung

Mecklenburg-Vorpommern:

Zeugniserstellung und Zeugnisformulare für öffentlich Berufliche Schulen in Mecklenburg-Vorpommern (ZBS), vom 15. Juni 1992.

In: MiBl. 8/1992 S. 306.

Berufsbildung: Meckl.-Vorp.: Zeugnis

Zeugniserstellung und Zeugnisformulare für auslaufende Fachschulbildungsgänge an den öffentlichen Beruflichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern (ZaBS), vom 15. Juni 1992. In: MiBl. 8/1992 S. 422.

Berufsbildung: Meckl.-Vorp.: Zeugnis

Vorläufige Ausbildungs- und Abschlußordnung für das Berufsvorbereitungsjahr in Mecklenburg-Vorpommern, vom 24. Juli 1992.

In: MiBl. 9/1992 S. 468.

Berufsbildung: Meckl.-Vorp.: Berufsvorbereitungsjahr

Sicherung der Berufsschulpflicht von Schulabgängern, vom 15. Juni 1992.

In: MiBl. 9/1992 S. 474.

Berufsbildung: Meckl.-Vorp.: Berufsschulpflicht

Sachsen-Anhalt:

Verordnung über Berufsbildende Schulen (BbS-VO), vom 11. Juni 1992.

In: GVBl. 1992 S. 441.

Berufsbildung: Sachsen-Anhalt: Berufsbildende Schule

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das Fachgymnasium (APO-FG), vom 11. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 464.

Berufsbildung: Sachsen-Anhalt: Fachgymnasium

Ergänzende Bestimmungen zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das Fachgymnasium (EBAPO-FG), vom 29. Juli 1992. In: MBl. 1992 S. 1155.

Berufsbildung: Sachsen-Anhalt: Fachgymnasium/Ausbildungsordnung

Ergänzende Bestimmungen zur Verordnung über Berufsbildende Schulen (EBBbS-VO), vom 29. Juli 1992. In: MBl. 1992 S. 1173.

Berufsbildung: Sachsen-Anhalt: Berufsbildende Schule

Sachsen:

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Durchführung und zum Ablauf des Schuljahres 1992/93 an berufsbildenden Schulen, vom 10. Juni 1992. In: ABIKM. 9/1992 S. 1.

Berufsbildung: Sachsen: Schuljahresablauf

Verwaltungsvorschrift - Zeugnisse, Abschlußzeugnisse und Urkunden für berufsbildende Schulen. In: ABIKM. 8/1992 S. 5.

Berufsbildung: Sachsen: Zeugnis

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Gewährung von Zuschüssen an Berufsschüler/Berufsschülerinnen zu den Kosten bei notwendiger auswärtiger Unterbringung und Verpflegung, vom 28. Oktober 1992. In: ABIKM. 17/1992 S. 1.

Berufsbildung: Sachsen: Verpflegung/Zuschuß

Thüringen:

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Berufsbildung vom 17. Oktober 1991, vom 12. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 312.

Berufsbildung: Thüringen: Zuständigkeit/Änderung

Thüringer Verordnung über die Abiturprüfung an beruflichen Gymnasien im Schuljahr 1991/92. In: GVBl. 1992 S. 306.

Berufsbildung: Thüringen: Berufliches Gymnasium/Abiturprüfung

Vorläufige Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Fachschulen mit einjähriger Ausbildungsdauer im Bereich der Landwirtschaft, vom 17. Juli 1992. In: GVBl. 1992 S. 407.

Berufsbildung: Thüringen: Fachschule/Ausbildung- u. Prüfungsordnung

Thüringer Verordnung über die Prüfung an Fachoberschulen für das Schuljahr 1991/92, vom 24.11.1992. In: GVBl. 1992 S. 580.

Berufsbildung: Thüringen: Fachoberschule/Prüfung

Thüringer Verordnung über die Prüfung an höheren Berufsfachschulen für das Schuljahr 1991/92, vom 24.11.1992. In: GVBl. 1992 S. 584.

Berufsbildung: Thüringen: Berufsfachschule/Prüfung

4 LEHRER UND ERZIEHER

Brandenburg:

Verwaltungsvorschriften über Reisekostenvergütung für Lehrerinnen und Lehrer, die an verschiedenen Schulen Unterricht erteilen, vom 24. März 1992. In: ABIKM. 3/1992 S. 192.

Lehrer: Brandenburg: Reisekostenvergütung

Information vom 13. April 1992 über die Bewerbung zur Aufnahme in den Vorbereitungsdienst für ein Lehramt im Land Brandenburg. In: ABIKM. 3/1992 S. 226.

Lehrerbildung: Brandenburg: Vorbereitungsdienst

Verwaltungsvorschriften über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für ein Lehramt (VV-Zulassung Vorbereitungsdienst), vom 1. Dezember 1992. In: ABIKM. 13/1993 S. 590.

Lehrerbildung: Brandenburg: Vorbereitungsdienst/Zulassung

Ordnung der Ersten Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen im Jahre 1992 (Übergangsordnung 1992 -ÜLPO), vom 30. Juni 1992.

In: GVBl. II 1992 S. 355 sowie ABIKM. 7/1992 S. 397.

Lehrerbildung: Brandenburg: Erste Staatsprüfung

Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen für den Ausbildungsjahrgang 1991- 1993 (Übergangsordnung 1991 bis 1993), vom 30. Juni 1992.

In: GVBl. II 1992 S. 348 sowie ABIKM. 7/1992 S. 390.

Lehrerbildung: Brandenburg: Zweite Staatsprüfung

Erlaß für die Errichtung von zwei Studienseminaren für das Lehramt für die Sekundarstufe II, vom 15. Juni 1992. In: ABIKM. 7/1992 S. 404.

Lehrerbildung: Brandenburg: Studienseminar/Sekundarstufe II

Mecklenburg-Vorpommern:

Feststellung gleichwertiger Fähigkeiten und Erfahrungen in der Ausübung der Tätigkeit als Sozialarbeiter / Sozialpädagoge für Personen, die eine pädagogische Ausbildung abgeschlossen haben, vom 20. Juli 1992.

In: ABl. 33/1992 S. 827.

Erzieher: Meckl.-Vorp.: Gleichwertigkeit

Vorläufige Festsetzung der Unterrichtsverpflichtungen der Lehrkräfte in Mecklenburg-Vorpommern, vom 24. August 1992.

In: MiBl. 11/1992 S. 578.

Lehrer: Meckl.-Vorp.: Unterrichtsverpflichtung

Sachsen-Anhalt:

Eingruppierung der Angestellten im Sozial- und Erziehungsdienst, vom 17. September 1992. In: MBl. 1992 S. 1649.

Erzieher: Sachsen-Anhalt: Eingruppierung/Tarif

Verordnung über die Erste Staatsprüfung für Lehrämter im Land Sachsen-Anhalt, vom 19. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 481.

Lehrerbildung: Sachsen-Anhalt: Erste Staatsprüfung

Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter im Land Sachsen-Anhalt, vom 19. Juni 1992.

In: MBl. 1992 S. 797.

Lehrerbildung: Sachsen-Anhalt: Erste Staatsprüfung

Verordnung über die Zweite Staatsprüfung für Lehrämter im Land Sachsen-Anhalt, vom 19. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 557.

Lehrerbildung: Sachsen-Anhalt: Zweite Staatsprüfung

Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Zweiten Staatsprüfungen für Lehrämter im Land Sachsen-Anhalt, vom 19. Juni 1992.

In: MBl. 1992 S. 800.

Lehrerbildung: Sachsen-Anhalt: Zweite Staatsprüfung

Regelung der Zulassung zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter im Land Sachsen-Anhalt, vom 15. Juni 1992. In: MBl. 1992 S. 892.

Lehrerbildung: Sachsen-Anhalt: Vorbereitungsdienst

Feststellung der schulfachlichen Bewährung und Befähigung für die Funktion des/der Seminarleiters/in und dessen/deren Stellvertreter/in in Ausbildungs- und Studienseminaren des Landes Sachsen-Anhalt, vom 25. August 1992. In: MBl. 1992 S. 1488.

Lehrerausbildung: Sachsen-Anhalt: Studienseminar/Leiterbefähigung

Sachsen:

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Vereinbarung von Unterrichtsaufträgen, die nicht dem BAT-O unterfallen. In: ABIKM. 8/1992 S. 26.

Lehrer: Sachsen: BAT-O

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Zuordnung und Vergütung von Lehrkräften, die nicht dem BAT-O unterfallen. In: ABIKM. 8/1992 S. 31.

Lehrer: Sachsen: BAT-O

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, vom 2. Juli 1992. In: ABIKM. 9/1992 S. 8.

Lehrer: Sachsen: Arbeitszeit

Verwaltungsvorschrift zur Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen, vom 22. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 333 sowie ABIKM. 10/1992 S. 1.

Lehrerausbildung: Sachsen: Zweite Staatsprüfung/Grundschule

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über das Organisationsstatut der Staatlichen Seminare für das Lehramt an Grundschulen. In: ABIKM. 15/1992. S. 12.

Lehrerausbildung: Sachsen: Staatliches Seminar/Grundschule

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über den Vorbereitungsdienst und die Zweite Staatsprüfung für das Höhere Lehramt an Gymnasien, vom 15. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 310.

Lehrerausbildung: Sachsen: Zweite Staatsprüfung/Gymnasium

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Dienstbefreiung bei der Zweiten Staatsprüfung für Lehrämter, vom 3. August 1992. In: ABIKM. 13/1992 S. 1.

Lehrerausbildung: Sachsen: Zweite Staatsprüfung/Dienstbefreiung

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Einstellung der Lehramtsbewerber, vom 14. August 1992.

In: ABIKM. 13/1992 S. 2.

Lehrerausbildung: Sachsen: Lehramtsbewerber

Verwaltungsvorschrift zur Organisation und zu den Inhalten der Ausbildung und Prüfung im Vorbereitungsdienst für das Höhere Lehramt an Gymnasien, vom 18. Mai 1992. In: ABIKM. 11/1992 S. 1.

Lehrerausbildung: Sachsen: Vorbereitungsdienst/Gymnasium

Verwaltungsvorschrift über das Organisationsstatut der Staatlichen Seminare für das Höhere Lehramt an Gymnasien, vom 1. August 1992.

In: ABIKM. 11/1992 S. 4.

Lehrerausbildung: Sachsen: Staatliches Seminar/Gymnasium

Thüringen:

Bekanntmachung über die Fortbildungsmöglichkeiten zur uneingeschränkten Anerkennung als "Staatlich anerkannter Erzieher/Staatlich anerkannte Erzieherin". In: GABl. 6/1992 S. 322.

Erzieher: Thüringen: Fortbildung

Bekanntmachung über die Anerkennung von nach Rechtsvorschriften der ehemaligen DDR abgeschlossenen Ausbildungen in Erzieherberufen. In: GABl. 6/1992 S. 323.

Erzieher: Thüringen: Anerkennung/DDR-Abschluß

Verwaltungsvorschrift des Thüringer Kultusministeriums zur Erteilung einer Unterrichtserlaubnis. In: GABl. 7/1992 S. 366.

Lehrer: Thüringen: Unterrichtserlaubnis

Änderung der Verwaltungsvorschrift des Thüringer Kultusministeriums zur Erteilung einer Unterrichtserlaubnis, vom 12. Juni 1992.

In: GABl. 2/1993 S. 23.

Lehrer: Thüringen: Unterrichtserlaubnis/Änderung

Zulassung von in Thüringen im Schuldienst tätigen Lehrern zu lehramtsbezogenen Erweiterungsprüfungen (Verwaltungsvorschrift vom 11. Dezember 1992). In: GABl. 1/1993 S. 7.

Lehrer: Thüringen: Erweiterungsprüfung/Lehrbefähigung

Verwaltungsvorschrift des Thüringer Kultusministeriums zur Erteilung einer Lehrbefähigung für Diplomlehrer der Fachrichtung Polytechnik für das Fach Wirtschaft und Technik an Regelschulen, vom 12. Juni 1992. In: GABl. 7/1992 S. 367.

Lehrer: Thüringen: Lehrbefähigung

Freistellung von Lehrerinnen und Lehrern für Fortbildung/Weiterbildung/Studium im dienstlichen Interesse. In: GABl. 7/1992 S. 368.

Lehrer: Thüringen: Fortbildung/Freistellung

Anordnung des Thüringer Kultusministeriums zur Übertragung der Befugnis zur Änderung oder Kündigung gemäß Einigungsvertrag von Arbeitsverhältnissen von Lehrer wegen mangelnden Bedarfs. In: GABl. 7/1992 S. 369.

Lehrer: Thüringen: Kündigung

Dienstvereinbarung des Thüringer Kultusministeriums und des Hauptpersonalrats beim Thüringer Kultusministerium zu den Richtlinien zur personellen Auswahl bei der Kündigung gemäß Einigungsvertrag von Arbeitsverhältnissen von Lehrern wegen mangelnden Bedarfs. In: GABl. 8/1992 S. 394.

Lehrer: Thüringen: Kündigung

Erste Thüringer Verordnung zur Änderung der Vorläufigen Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen, vom 7. August 1992. In: GVBl. 1992 S. 432 sowie GABl. 9/1992 S. 424. *Lehrerausbildung: Thüringen: Erste Staatsprüfung/Grundschule/Änderung*

Erste Thüringer Verordnung zur Änderung der Vorläufigen Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Regelschulen, vom 30. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 378. *Lehrerausbildung: Thüringen: Erste Staatsprüfung/Regelschule/Änderung*

Zweite Thüringer Verordnung zur Änderung der Vorläufigen Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Regelschulen, vom 7. August 1992. In: GVBl. 1992 S. 433 sowie GABl. 9/1992 S. 424.
Lehrerausbildung: Thüringen: Erste Staatsprüfung/Regelschule/Änderung

Erste Thüringer Verordnung zur Änderung der Vorläufigen Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien, vom 30. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 378.
Lehrerausbildung: Thüringen: Erste Staatsprüfung/Gymnasium/Änderung

5 HOCHSCHULWESEN

Brandenburg:

Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen für das Wintersemester 1992/92, vom 20. Juli 1992.

In: GVBl. II 1992 S. 408.

Hochschulwesen: Brandenburg: Zulassungszahl

Verordnung über den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne Hochschulzugangsberechtigung, vom 16. Dezember 1992.

In: GVBl. II 1993 S. 2.

Hochschulwesen: Brandenburg: Zugang/Berufspraxis

Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen und die Durchführungen eines Feststellungsverfahrens des Landes Brandenburg (Zentrale Vergabeverordnung - ZVV), vom 20. Juli 1992. In: GVBl. II 1992 S. 409.

Hochschulwesen: Brandenburg: Studienplatzvergabe

Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen in zulassungsbeschränkten Studiengängen durch die Hochschulen des Landes Brandenburg (Hochschulvergabeverordnung - HVV), vom 20. Juli 1992.

In: GVBl. II 1992 S. 422.

Hochschulwesen: Brandenburg: Studienplatzvergabe

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gründungskommission der Universität Potsdam, vom 22. Mai 1992. In: GVBl. II 1992 S. 246.

Hochschulwesen: Brandenburg: Gründungskomm./Änderung

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gründungskommission der Technischen Universität Cottbus, vom 22. Mai 1992.

In: GVBl. II 1992 S. 246.

Hochschulwesen: Brandenburg: Gründungskomm./Änderung

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gründungskommission der Europa-Universität Frankfurt/Oder, vom 22. Mai 1992.

In: GVBl. II 1992 S. 247.

Hochschulwesen: Brandenburg: Gründungskomm./Änderung

Mecklenburg-Vorpommern:

Richtlinien für die Übernahme als Professor an den Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, vom 7. Mai 1992.

In: ABIKM. 21/1992 S. 510 sowie MiBl. 6/1992 S. 236.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Übernahme/Professor

Richtlinien für die Übernahme als wissenschaftlicher oder künstlerischer Assistent, Oberassistent, Oberingenieur, Hochschuldozent, wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter oder Lehrkraft für besondere Aufgaben an den Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Übernahmerichtlinien "wissenschaftliche Mitarbeiter"), vom 7. Mai 1992.

In: ABl. 21/1992 S. 514 sowie MiBl. 6/1992 S. 240.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Übernahme/Wiss. Mitarbeiter

Richtlinie für die Übernahme des nichtwissenschaftlichen Personals an den Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, vom 7. Mai 1992.

In: ABl. 21/1992 S. 519 sowie MiBl. 6/1992 S. 245.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Übernahme/Nichtwiss. Mitarbeiter

Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen für die Studiengänge Sozialwesen und Bauingenieurwesen der Fachhochschule Neubrandenburg für das Wintersemester 1992/93 - Zulassungszahlenverordnung Wintersemester 1992/93 für die Fachhochschule Neubrandenburg, vom 4. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 338 sowie MiBl. 7/1992 S. 282.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Zulassungszahl

Gesetz über die Fachhochschulen Neubrandenburg, Stralsund und Wismar sowie die Fakultät für Ingenieurwissenschaften der Universität Rostock, vom 23. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 344 sowie MiBl. 9/1992 S. 482.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Fachhochschule

Regelung der Stipendien für Forschungsstudenten, vom 10. Juli 1992.

In: ABl. 31/1992 S. 797 sowie MiBl. 9/1992 S. 486.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Forschungsstudent/Stipendium

Regelung der Stipendien für Aspiranten, vom 7. Juli 1992.

In: ABl. 35/1992 S. 870.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Aspirant/Stipendium

Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten Rostock und Greifswald für das Wintersemester 1992/93, vom 14. Juli 1992. In: GVBl. 1992 S. 530 sowie MiBl. 10/1992 S. 547.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Zulassungszahl

Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen an der Fachhochschule Wismar für das Wintersemester 1992/93, vom 8. August 1992.

In: GVBl. 1992 S. 555 sowie MiBl. 10/1992 S. 548.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Fachhochschule/Zulassungszahl

Strukturpläne für die Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitute des Landes Mecklenburg-Vorpommern, vom 19. Mai 1992.

In: MiBl. 1992 Sondernr. 2 S. 249.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Strukturplan

Verwaltungsvorschrift zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen, vom 14. August 1992. In: MiBl. 10/1992 S. 549.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Gleichwertigkeit/Änderung

Erste Verordnung zur Änderung der Gleichwertigkeitsverordnung (GIWVO), vom 30. April 1992. In: MiBl. 7/1992 S. 258.

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Gleichwertigkeit/Änderung

Sachsen-Anhalt:

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Erneuerung der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt, vom 30. Oktober 1992. In: GVBl. 1992 S. 764.

Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Hochschulgesetz/Änderung

Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen bei örtlichen Zulassungsbeschränkungen und die Durchführung eines Feststellungsverfahrens (Vergabeverordnung - VVO LSA -), vom 27. Mai 1992.

In: GVBl. 1992 S. 405.

Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Studienplatzvergabe

Verordnung über die Festlegung von Zulassungszahlen für Studienplätze im Wintersemester 1993 (Zulassungszahlenverordnung 1992/93 - ZZVO 1992/93), vom 17. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 481.

Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Zulassungszahl WS 93

Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Graduiertenförderungsgesetz - GradFG), vom 27. Mai 1992.
In: GVBl. 1992 S. 382.

Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Graduiertenförderungsgesetz

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Graduiertenförderungsgesetz - GradFG), vom 27. Mai 1992. In: GVBl. 1992 S. 384.

Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Graduiertenförderungsgesetz/Änderung

Verordnung zur Durchführung des Graduiertenförderungsgesetzes (Graduiertenförderungsverordnung - GradFVO), vom 2. Juni 1992.
In: GVBl. 1992 S. 402.

Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Graduiertenförderungsgesetz

Sachsen:

Gesetz zur Änderung des Sächsischen Hochschulerneuerungsgesetzes, vom 31. Juli 1992. In: GVBl. 1992 S. 401.

Hochschulwesen: Sachsen: Hochschulgesetz/Änderung

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Vergabe von Studienplätzen und die Durchführung eines Feststellungsverfahrens (Vergabeverordnung - SächsVergabeVO), vom 13. Juli 1992. In: GVBl. 1992 S. 344.

Hochschulwesen: Sachsen: Studienplatzvergabe

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Fachhochschulen im Studienjahr 1992/93, vom 14. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 358.

Hochschulwesen: Sachsen: Fachhochschule/Zulassungszahl

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten im Studienjahr 1992/93, vom 13. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 360.

Hochschulwesen: Sachsen: Universität/Zulassungszahl

Thüringen:

Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG), vom 7. Juli 1992.

In: GVBl. 1992 S. 315.

Hochschulwesen: Thüringen: Hochschulgesetz

Thüringer Verordnung über die Zuerkennung einer der fachgebundenen Hochschulreife entsprechenden Qualifikation nach § 23 Abs. 2 des Thüringer Hochschulgesetzes, vom 25.09.1992.

In: GVBl. 1992 S. 501 sowie GABl. 10/1992 S. 453.

Hochschulwesen: Thüringen: Zuerkennung/Hochschulreife

Änderung der Evaluationsordnung für Thüringer Hochschulen, vom 6. Juni 1992. In: GVBl. 1992 S. 243.

Hochschulwesen: Thüringen: Evaluierung/Änderung

Zweite Änderung der Evaluationsordnung für Thüringer Hochschulen vom 6. Juni 1991, vom 3. Juli 1992. In: GVBl. 1992 S. 379.

Hochschulwesen: Thüringen: Evaluierung/Änderung

Thüringer Verordnung zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen im Sinne des Artikel 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages und über die Nachdiplomierung (ThürNachDiplVO), vom 26. Mai 1992.

In: GVBl. 1992 S. 244 sowie GABl. 6/1992 S. 327.

Hochschulwesen: Thüringen: Gleichwertigkeit

Verwaltungsvorschrift zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen mit Hochschulabschlüssen, vom 21. Mai 1992.

In: GABl. 6/1992 S. 341.

Hochschulwesen: Thüringen: Gleichwertigkeit

Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Thüringer Verordnung zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen im Sinne des Artikel 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages und über die Nachdiplomierung (ThürNachDiplVO), vom 26. Mai 1992. In: GABl. 6/1992 S. 333.

Hochschulwesen: Thüringen: Gleichwertigkeit

Thüringer Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen und die Durchführung eines Feststellungsverfahrens (Thüringer Vergabeverordnung - ZVS), vom 12. Juni 1992.

In: GVBl. 1992 S. 268 sowie GABl. 7/1992 S. 376.

Hochschulwesen: Thüringen: Studienplatzvergabe

Thüringer Hochschul-Zulassungsverordnung für das Wintersemester 1992/93 (ThürZZVO) WS 92/93), vom 12. Juni 1992.

In: GVBl. 1992 S. 286 sowie GABl. 7/1992 S. 376.

Hochschulwesen: Thüringen: Zulassung WS 92/93

Studien- und Prüfungsordnung der Thüringer Fachhochschulen.

In: GABl. 8/1992 S. 408.

Hochschulwesen: Thüringen: Fachhochschule

Thüringer Verordnung zur Erhebung personenbezogener Daten der Studienbewerber, Studierenden und Prüfungskandidaten der Hochschulen des Landes, vom 10. November 1992.

In: GVBl. 1992 S. 572 sowie GABl. 12/1992 S. 506.

Hochschulwesen: Thüringen: Datenerhebung/Studierende

ANHANG

Übersicht, nach Bundesländern und Bereichen geordnet

Berufsbildung: Brandenburg: Berufsfachschule, 22

Berufsbildung: Brandenburg: Fachoberschule, 22

Berufsbildung: Brandenburg: Fachschule, 22

Berufsbildung: Brandenburg: Förderung, 22

Berufsbildung: Meckl.-Vorp.: Berufsschulpflicht, 23

Berufsbildung: Meckl.-Vorp.: Berufsvorbereitungsjahr, 23

Berufsbildung: Meckl.-Vorp.: Zeugnis, 22; 23

Berufsbildung: Sachsen-Anhalt: Berufsbildende Schule, 23

Berufsbildung: Sachsen-Anhalt: Fachgymnasium, 23

Berufsbildung: Sachsen-Anhalt: Fachgymnasium/Ausbildungsordnung, 23

Berufsbildung: Sachsen: Schuljahresablauf, 23

Berufsbildung: Sachsen: Verpflegung/Zuschuß, 24

Berufsbildung: Sachsen: Zeugnis, 24

Berufsbildung: Thüringen: Berufliches Gymnasium/Abiturprüfung, 24

Berufsbildung: Thüringen: Berufsfachschule/Prüfung, 24

Berufsbildung: Thüringen: Fachoberschule/Prüfung, 24

Berufsbildung: Thüringen: Fachschule/Ausbildung- u. Prüfungsordnung, 24

Berufsbildung: Thüringen: Zuständigkeit/Änderung, 24

Erzieher: Meckl.-Vorp.: Gleichwertigkeit, 26

Erzieher: Sachsen-Anhalt: Eingruppierung/Tarif, 26

Erzieher: Thüringen: Anerkennung/DDR-Abschluß, 28

Erzieher: Thüringen: Fortbildung, 28

Hochschulwesen: Brandenburg: Gründungskomm./Änderung, 31

Hochschulwesen: Brandenburg: Studienplatzvergabe, 31

Hochschulwesen: Brandenburg: Zugang/Berufspraxis, 31

Hochschulwesen: Brandenburg: Zulassungszahl, 31

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Aspirant/Stipendium, 32

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Fachhochschule, 32

Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Fachhochschule/Zulassungszahl, 33
 Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Forschungsstudent/Stipendium, 32
 Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Gleichwertigkeit/Änderung, 33
 Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Strukturplan, 33
 Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Übernahme/Nichtwiss. Mitarbeiter, 32
 Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Übernahme/Professor, 32
 Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Übernahme/Wiss. Mitarbeiter, 32
 Hochschulwesen: Meckl.-Vorp.: Zulassungszahl, 32; 33

Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Graduiertenförderungsgesetz, 34
 Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Graduiertenförderungsgesetz/
 Änderung, 34
 Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Hochschulgesetz/Änderung, 33
 Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Studienplatzvergabe, 33
 Hochschulwesen: Sachsen-Anhalt: Zulassungszahl WS 93, 33

Hochschulwesen: Sachsen: Fachhochschule/Zulassungszahl, 34
 Hochschulwesen: Sachsen: Hochschulgesetz/Änderung, 34
 Hochschulwesen: Sachsen: Studienplatzvergabe, 34
 Hochschulwesen: Sachsen: Universität/Zulassungszahl, 34

Hochschulwesen: Thüringen: Datenerhebung/Studierende, 36
 Hochschulwesen: Thüringen: Evaluierung/Änderung, 35
 Hochschulwesen: Thüringen: Fachhochschule, 36
 Hochschulwesen: Thüringen: Gleichwertigkeit, 35
 Hochschulwesen: Thüringen: Hochschulgesetz, 35
 Hochschulwesen: Thüringen: Studienplatzvergabe, 36
 Hochschulwesen: Thüringen: Zuerkennung/Hochschulreife, 35
 Hochschulwesen: Thüringen: Zulassung WS 92/93, 36

Lehrer: Brandenburg: Reisekostenvergütung, 25
 Lehrer: Meckl.-Vorp.: Unterrichtsverpflichtung, 26
 Lehrer: Sachsen: Arbeitszeit, 27
 Lehrer: Sachsen: BAT-O, 27
 Lehrer: Thüringen: Erweiterungsprüfung/Lehrbefähigung, 29
 Lehrer: Thüringen: Fortbildung/Freistellung, 29
 Lehrer: Thüringen: Kündigung, 29
 Lehrer: Thüringen: Lehrbefähigung, 29
 Lehrer: Thüringen: Unterrichtserlaubnis, 28
 Lehrer: Thüringen: Unterrichtserlaubnis/Änderung, 28

- Lehrerausbildung: Brandenburg: Erste Staatsprüfung, 25
 Lehrerausbildung: Brandenburg: Studienseminar/Sekundarstufe II, 25
 Lehrerausbildung: Brandenburg: Vorbereitungsdienst, 25
 Lehrerausbildung: Brandenburg: Vorbereitungsdienst/Zulassung, 25
 Lehrerausbildung: Brandenburg: Zweite Staatsprüfung, 25
- Lehrerausbildung: Sachsen-Anhalt: Erste Staatsprüfung, 26
 Lehrerausbildung: Sachsen-Anhalt: Studienseminar/Leiterbefähigung, 27
 Lehrerausbildung: Sachsen-Anhalt: Vorbereitungsdienst, 26
 Lehrerausbildung: Sachsen-Anhalt: Zweite Staatsprüfung, 26
- Lehrerausbildung: Sachsen: Lehramtsbewerber, 28
 Lehrerausbildung: Sachsen: Staatliches Seminar/Grundschule, 27
 Lehrerausbildung: Sachsen: Staatliches Seminar/Gymnasium, 28
 Lehrerausbildung: Sachsen: Vorbereitungsdienst/Gymnasium, 28
 Lehrerausbildung: Sachsen: Zweite Staatsprüfung/Dienstbefreiung, 28
 Lehrerausbildung: Sachsen: Zweite Staatsprüfung/Grundschule, 27
 Lehrerausbildung: Sachsen: Zweite Staatsprüfung/Gymnasium, 27
- Lehrerausbildung: Thüringen: Erste Staatsprüfung/Grundschule/
 Änderung, 29
 Lehrerausbildung: Thüringen: Erste Staatsprüfung/Gymnasium/
 Änderung, 30
 Lehrerausbildung: Thüringen: Erste Staatsprüfung/Regelschule/
 Änderung, 29; 30
- Schulwesen: Brandenburg: Abiturstufe, 7
 Schulwesen: Brandenburg: Betriebspraktikum, 8
 Schulwesen: Brandenburg: Finanzierung/Hort/Schulspeisung/Änderung, 9
 Schulwesen: Brandenburg: Förderschule/Zeugnis, 8
 Schulwesen: Brandenburg: Fremdsprachen, 8
 Schulwesen: Brandenburg: Gymnasiale Oberstufe, 7
 Schulwesen: Brandenburg: Lernmittel, 8
 Schulwesen: Brandenburg: Religionsunterricht, 7
 Schulwesen: Brandenburg: Schulbuch/Änderung, 8
 Schulwesen: Brandenburg: Schule/Berufsberatung, 8
 Schulwesen: Brandenburg: Schülerbeurlaubung, 8
 Schulwesen: Brandenburg: Schulpflicht, 7
 Schulwesen: Brandenburg: Schulsport, 8
 Schulwesen: Brandenburg: Sorbisches Sprachgebiet, 8
 Schulwesen: Brandenburg: Übergang in Sek I, 7
 Schulwesen: Brandenburg: Unterrichtsorganisation, 7
 Schulwesen: Brandenburg: Volkshochschule, 9

Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Fremdsprachenunterricht, 11
 Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Hauptschule/Nichtschülerprüfung, 10
 Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Lehrmittel/Landeszuwendung, 10
 Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Lernmittelfreiheit/Landeszuwendung, 10
 Schulwesen: Meckl.-Vorp.: LRS, 11
 Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Niederdeutsch, 10
 Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Rahmenrichtlinie, 10
 Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Rahmenrichtlinie/Prüfungsanforderung, 10
 Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Realschule/Aufbauklasse, 10
 Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Realschule/Nichtschülerprüfung, 10
 Schulwesen: Meckl.-Vorp.: Schulbuch/Änderung, 11

Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Grundschule/Klassenbildung/
 Lehrersollstunde, 13
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Betriebspraktikum, 13
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Förderschule/Klassenbildung/
 Lehrersollstunde, 13
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Gymnasium/Klassenbildung/
 Lehrersollstunde, 13
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Internat/Unterkunft/Verpflegung, 14
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Musikschule, 13
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Schulausstattung, 13
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Schule/Berufsberatung, 13
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Schulentwicklung/Änderung, 12
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Schulgesetz/Änderung, 12
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Schulrechner, 12
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Sekundarschule/Klassenbildung/
 Lehrersollstunde, 13
 Schulwesen: Sachsen-Anhalt: Übergang/Schulformen/Bildungsgang, 12

Schulwesen: Sachsen: Abendgymnasium/Wochstudentenafel, 19
 Schulwesen: Sachsen: Abendmittelschule/Wochenstundenzahl, 19
 Schulwesen: Sachsen: Abschlußprüfung, 17
 Schulwesen: Sachsen: Auflösung/POS/EOS, 18
 Schulwesen: Sachsen: Beratungslehrer, 18
 Schulwesen: Sachsen: Elternmitwirkung, 18
 Schulwesen: Sachsen: Erhebung, 19
 Schulwesen: Sachsen: Grundschule/LRS, 17
 Schulwesen: Sachsen: Gymnasiale Oberstufe, 17
 Schulwesen: Sachsen: Kolleg/Wochenstudenafel, 19
 Schulwesen: Sachsen: Modellversuch, 18
 Schulwesen: Sachsen: Reifeprüfung, 17
 Schulwesen: Sachsen: Reifeprüfung/Änderung, 17

- Schulwesen: Sachsen: Schulbuch/Änderung, 19
- Schulwesen: Sachsen: Schülermitwirkung, 18
- Schulwesen: Sachsen: Schülerzeitschrift, 19
- Schulwesen: Sachsen: Schuljahresablauf, 16
- Schulwesen: Sachsen: Schulpsychologie, 18
- Schulwesen: Sachsen: Schulsport, 19
- Schulwesen: Sachsen: Schulwegsicherung, 19
- Schulwesen: Sachsen: Sorbisches Sprachgebiet, 17
- Schulwesen: Sachsen: Stundentafel, 16
- Schulwesen: Sachsen: Unterlagenaufbewahrung, 19
- Schulwesen: Sachsen: Unterrichtsorganisation, 16

- Schulwesen: Thüringen: Ferien/Änderung, 21
- Schulwesen: Thüringen: Finanzierung, 21
- Schulwesen: Thüringen: Finanzierung/Änderung, 21
- Schulwesen: Thüringen: Förderschule, 21
- Schulwesen: Thüringen: Grundschule/Schulordnung/Änderung, 21
- Schulwesen: Thüringen: Gymnasiale Oberstufe/Lehrplan, 21
- Schulwesen: Thüringen: Gymnasium/Schulordnung/Änderung, 21
- Schulwesen: Thüringen: Mitwirkung/Schülervertretung/Elternvertretung, 21
- Schulwesen: Thüringen: Schulbuch/Änderung, 21

- Vorschule: Brandenburg: Kita-Gesetz, 3
- Vorschule: Meckl.-Vorp.: Kita-Gesetz, 3
- Vorschule: Meckl.-Vorp.: Landesbeteiligung, 3
- Vorschule: Sachsen-Anhalt: Personalkosten/Änderung, 3
- Vorschule: Sachsen: Kita-Gesetz/Änderung zur Durchführung, 3